

**VEREINIGUNG EHEMALIGER MITGLIEDER  
DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ e. V.**



**Aufruf  
Ehemalige Abgeordnete Landtag RLP,  
zu Demo's gegen Rechts**

55116 Mainz, den 30.01.2024  
Platz der Mainzer Republik 1

Telefon ( 06131 ) 208 -2207  
Fax ( 06131 ) 208 – 7 2223  
Ehemaligemdl@landtag.rlp.de

**Aufruf:**

**Ehemalige Abgeordnete positionieren sich klar gegen Rechts**

**Gemeinsam gegen den Rechtsruck – Rassistische Politik stoppen! Verhalten der AfD  
überrascht nicht!**

„Wenn wir jetzt nicht als Demokratinnen und Demokraten auf die Straße gehen, werden unsere Kinder und Enkel uns einmal mit Recht fragen: Warum habt ihr nichts getan?“ **so Dietmar Rieth, Vizepräsident der ehemaligen Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag.**

Es ist „zutiefst erschütternd“, wie salonfähig rechtsextremes Gedankengut inzwischen ist. Die zuletzt bekannt gewordenen Pläne eines Geheimtreffens Rechtsextremer mit Vertretern der AfD, die von Letzteren nicht einmal abgestritten würden, überraschen da kaum noch.

**“Mehr in politische Bildung investieren”**

Auf Landesebene muss noch mehr in die politische Bildung investiert werden. Die Lehrenden müssen verstärkt mit ins Boot geholt werden, um mit ihnen zusammen eine langfristige und sinnvolle Strategie in Schulen und Bildungseinrichtungen im Kampf gegen den Rechtsruck auszuarbeiten. Dabei sind auch als Zeitzeugen der Demokratie die ehemaligen Abgeordneten mit einzubeziehen. Alle werden gebraucht sich bei diesem wichtigen Thema einzubringen bereit zu stehen!

**“Gehen wir auf die Straße”**

Als ehemalige Landtagsabgeordnete erinnern wir insbesondere an die 102-jährige Holocaust-Überlebende **Margot Friedländer**, die dieser Tage erst wieder gesagt hatte: „So hat es damals angefangen.“ Es darf keine Wiederholung des Nazi-Terrors geben. Zeigen wir, was uns die Demokratie wert ist. Gehen wir auf die Straße. Jetzt!.

Für den Vorstand der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag:

***Dietmar Rieth***

***Hans Josef Bracht***

***Jeanette Rott-Otte***

-Vizepräsident-

-Präsident-

-Vizepräsidentin-

Anlagen:

- 22. Januar: Landtag debattiert über Demos gegen Rechts
- 27. Januar: Gedenktag im Landtag „Nie wieder darf keine Floskel sein“
- 29. Januar: aktuelle Webseite der CDU zum „Aufruf für Demos gegen Rechts“

## Rheinland-pfälzischer Landtag debattiert über Demos gegen rechts und über die AfD

22. Januar 2024, 16:32 Uhr Quelle: dpa Rheinland-Pfalz/Saarland

### Hinweis

ZEIT ONLINE hat diese Meldung redaktionell nicht bearbeitet. Sie wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen.

Der rheinland-pfälzische Landtag debattiert in seiner ersten Plenarsitzung 2024 über die [AfD](#) und die Demonstrationen gegen rechts. Unter der Überschrift «Demokratisch, wehrhaft und vielfältig. Rheinland-Pfalz setzt klares Zeichen gegen rechten Hass und rassistische Deportationspläne» hat die Grünen-Fraktion das Thema für Mittwochvormittag auf die Tagesordnung gesetzt.

Die **grüne Fraktionschefin Pia Schellhammer** sprach von «einer Bewegung» und «vielen Menschen, die zum ersten Mal überhaupt auf Demonstrationen sind». Damit sei auch die Aufforderung verbunden, «zu schauen, wie wir den rechten Hass zurückzudrängen können».

**SPD-Fraktionschefin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** lobte den «so dringend notwendigen und erwarteten Aufstand der Anständigen». «Unser Ziel ist es auch, dass wir im Plenum noch einmal so ein starkes Zeichen setzen, wie es die Hunderttausende Menschen in den letzten Tagen auch deutschlandweit gesetzt haben.» Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Philipp Fernis, sagte: «Die Zivilgesellschaft und bisher schweigende Mehrheit sind erfreulicherweise aufgewacht.»

**Schellhammer** verwies auf die «sehr, sehr hohen Hürden eines Verbotsverfahrens» der AfD. Dafür sei eine solide rechtliche Grundlage notwendig, die die Sicherheitsbehörden schaffen müssten. Es müsse genau hingeschaut werden, wo Geldgeber und Kooperationspartner der AfD seien und ob AfD-nahe Vereine verboten werden könnten.

«Wir können nicht nur auf die Straße gehen, sondern wir brauchen auch Zivilcourage - on- und offline zu widersprechen, wenn jemand rechte Narrative äußert», betonte **Schellhammer**. Demokraten hätten darüber hinaus die Aufgabe, die Gesellschaft nicht zu spalten. So seien bei der Bauerdemo etwa Geflüchtete und Bürgergeldempfänger ausgespielt worden, kritisierte Schellhammer.

**Bätzing-Lichtenthäler** sagte mit Blick auf Äußerungen aus der AfD und deren Umfeld: Für ein ««Wehret den Anfängen!» ist es meines Erachtens schon zu spät.» FDP-Fraktionschef Ferris sagte, der AfD sei «die Maske ein Stück weit vom Gesicht gerissen worden».

Anlass für die Demos waren Berichte des Medienhauses Correctiv über ein bis dahin nicht bekanntes Treffen von Rechtsradikalen mit Politikern von AfD und CDU in einer Potsdamer Villa vom 25. November. Dabei hatte der frühere Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner, im vergangenen November nach eigenen Angaben über «Remigration» gesprochen. Damit meinen Rechtsextreme in der Regel, dass eine große Zahl Menschen ausländischer Herkunft das Land verlassen soll - auch unter Zwang.

© dpa-infocom, dpa:240122-99-708519/2

## 27.01.2024 | Gedenktag 27. Januar

" 'Nie wieder' darf keine Floskel sein"

**Bei der Gedenkveranstaltung des Landtags aus Anlass des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2024 standen in diesem Jahr die von den Nationalsozialisten als sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ bezeichneten Opfer des deutschen Terrorregimes im Mittelpunkt. Landtagspräsident Hendrik Hering verwies in seiner Ansprache auf geschichtliche Parallelen und rief dazu auf, im persönlichen Umfeld gegen Hass, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit einzutreten.**

©Landtag RLP

Gedenkveranstaltung des Landtags aus Anlass des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2024.

**Hendrik Hering** erinnerte daran, dass sich damals unter dem ausdrücklichen Beifall der Öffentlichkeit die Entrechtung von Menschen abgespielt habe, die seit je auf der Schattenseite des Lebens und am Rande der Gesellschaft standen. Von Menschen, die als Außenseiter, als Geächtete, galten. „An sie, an die Verleugneten und Vergessenen, wollen wir heute zum ersten Mal ausführlich erinnern.“ Ihr Schicksal sei kaum erfasst oder zusammenhängend erforscht.

„In Worten und Haltungen sehen wir heute mit erschreckender Klarheit die Parallelen zwischen den Nationalsozialisten von damals und den Rechtsextremisten von heute: Demokratieverachtung, Verschwörungslügen, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Hass auf Minderheiten bis hin zu Deportationsphantasien. All das lässt erahnen, wie schnell demokratische Errungenschaften, die wir für gefestigt halten, verloren gehen können“, sagte Hendrik Hering. Er betonte, dass durch „Vertuschen“ und „Verdrängen“ der Nazi-Zeit in der Nachkriegsgeneration das menschenverachtende Gedankengut in Teilen der Gesellschaft erhalten geblieben sei.

„Wenn wir dieser Tage lesen müssen, dass sich heute in Deutschland wieder Menschen treffen – unter ihnen Mandatsträger – um die Vertreibung und Deportation von Millionen Menschen zu planen, sehen wir: das Gift der Nazis war nie weg, das Unsagbare ist wieder sagbar geworden. Es findet Zustimmung in Teilen von Politik und Gesellschaft“, mahnte der Landtagspräsident. Man dürfe sich nicht von beschönigenden Umschreibungen täuschen lassen. Wenn von „Remigration“ die Rede sei, meine dies „Deportation“ von allen, die ihnen nicht passten, egal ob sie Deutsche sind oder nicht.

„Vor dem Faschismus ist niemand sicher“, so Hendrik Hering.

### **Jeder Einzelne gefordert**

Es liege jetzt an uns, nicht zuzulassen, dass es wieder geschieht. Ausdrücklich lobte Hendrik Hering die vielen Hunderttausende, die seit Tagen auf die Straße gingen, um die Demokratie zu schützen und um für Zusammenhalt und Menschlichkeit einzustehen. Auch die demokratischen Parteien seien aufgefordert, zusammenzustehen und ein konstruktives, lösungsorientiertes Miteinander zu finden. Der nächste Schritt, von der Straße in den Alltag der Menschen, werde jedoch weit schwieriger. Jeder Einzelne sei in seinem persönlichen Umfeld gefragt, „Nein“ zu Hass gegenüber Jüdinnen und Juden, Migrantinnen und Migranten, zu Ausgrenzung und Geschichtsvergessenheit zu sagen. „Nie wieder dürfen wir in Deutschland – nie wieder dürfen wir Deutsche – zulassen, dass so etwas geschieht. Nie wieder, das darf keine Floskel sein, niemals“, betonte Hendrik Hering.

Die **stellvertretende Ministerpräsidentin Katharina Binz** sagte: „Es ist an der Zeit, für die Demokratie aufzustehen und sich klar zu den Werten zu bekennen, auf denen unsere Demokratie aufgebaut ist. Es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse - weder in Rheinland-Pfalz noch sonst irgendwo auf der Welt. Antidemokratische, rassistische und intolerante Kräfte in unserer Gesellschaft wollen unsere freiheitlichen Grundwerte unterwandern. Sie wollen unsere Gesellschaft spalten, Feindbilder schaffen und Menschen ausgrenzen. Dem gilt es sich entgegenzustellen. Denn: ‚Nie wieder‘ heißt zu widersprechen, wenn wir antisemitische oder rassistische Aussagen hören. ‚Nie wieder‘ bedeutet, sich den lauter werdenden Feinden der Demokratie und einer offenen, vielfältigen Gesellschaft entgegenzustellen. Hunderttausende haben in den vergangenen Tagen und Wochen

gezeigt, dass Deutschland eine wache und starke Zivilgesellschaft hat. Denn ‚Nie wieder‘ ist jetzt!“

Im Zentrum des diesjährigen Gedenkens standen erstmals jahrzehntelang verleugnete Opfergruppen der nationalsozialistischen Diktatur. Sie wurden als „asozial“ oder „Berufsverbrecher“ bezeichnet und verfolgt, weil sie in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ keinen Platz hatten. Es betraf vor allem Menschen wie Arbeits- und Wohnungslose, Bettler, Fürsorgeempfängerinnen und -empfänger, Prostituierte, unangepasste Jugendliche, aber auch Sinti und Roma.

### Zeitzeugen der zweiten Generation berichten

Ein Zeitzeuge der zweiten Generation aus der Pfalz, **Alfons Ludwig Ims**, Verfasser des Buches „Meine asoziale Pfälzer Familie“ berichtete über die Lebensgeschichte seiner Familie während der Nazi-Zeit und auch danach. Sie wurden von den Nazis als „Untermenschen“ klassifiziert, sein Vater als „Asozial“ titulierte. Alfons Ludwig Ims sagte: „Würde ich mich schämen, weil mein Vater von den Nazis als „asozial“ und „moralisch minderwertig“ angesehen und behandelt wurde oder weil meine Brüder nicht lesen und schreiben konnten - worauf würde sich diese Scham beziehen? Auf die Nazis und wäre somit Fremdschämen für deren menschenverachtende Politik? Das ist fehl am Platz - Empörung ist wesentlich angebrachter. Oder bezieht sie sich auf den „asozialen“ Vater bzw. die „angeboren schwachsinnige“ Brüder? Dann verschwinden aber nicht nur die Begründungszusammenhänge, sondern ich würde die Normvorstellungen der Nazis übernehmen.“

Der Sozialwissenschaftler und ebenfalls Zeitzeuge der zweiten Generation, **Professor Frank Nonnenmacher**, nahm eine historische Einordnung vor. Auf Initiative Nonnenmachers hatte der Deutsche Bundestag die Opfergruppe der sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt. Nonnenmacher erklärte, dass nach dem Ende des Faschismus die deutsche Bevölkerung den ehemaligen KZ-Häftlingen keineswegs durchweg mit Sympathie begegnet sei. „Entsprechend mussten in der Bundesrepublik zum Beispiel auch Homosexuelle und die Volksgruppe der Sinti und Roma lange kämpfen, um als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt werden“. Erst mit dem Bundestagsbeschluss vom 13. Februar 2020 – nachdem die meisten Betroffenen nicht mehr lebten – sei unmissverständlich und ohne jedes Wenn und Aber klargestellt worden, zitierte Nonnenmacher wie folgt: „Kein Mensch war zu Recht im KZ, auch Menschen mit dem schwarzen und dem grünen Winkel nicht.“

An der Veranstaltung wirkten auch Schülerinnen und Schüler des Mons-Tabor-Gymnasiums Montabaur mit, die Biografien von Opfern des Nazi-Regimes aus dem Westerwald vortrugen und an deren Schicksal erinnerten. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Landesmusikgymnasium Montabaur mit Melodien jüdischer Komponisten, die ermordet wurden.

### Hintergrund: 27. Januar im Landtag

Seit 26 Jahren erinnert der rheinland-pfälzische Landtag am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Die erste Sondersitzung des Landtags fand 1998 in der damals neu eingerichteten „Gedenkstätte ehemaliges KZ Osthofen“ statt. Damit ist der Landtag Rheinland-Pfalz eines der ersten Landesparlamente in Deutschland, das die Anregung des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog von 1996 aufgriffen hatte und den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz als Gedenktag begehrt.

### Aktuelle Webseite der CDU RLP:

#### [Gemeinsam gegen Rechtsextremismus: Überblick der nächsten Kundgebungen und Demonstrationen in Rheinland-Pfalz](#)

25.01.2024 · [News](#)

**Deutschland demonstriert gegen den Rechtsextremismus – auch Rheinland-Pfalz demonstriert mit! Landesweit sind an den kommenden Tagen/Wochenenden weitere Kundgebungen und Demonstrationen geplant.**

Einen Überblick über die kommenden Veranstaltungen, die auch von den CDU-Kreis- bzw. Ortsverbänden aktiv unterstützt werden, finden Sie hier (*ohne Gewähr, kein Anspruch auf Vollständigkeit*):

**Samstag, 27.01.2024**

11:00 Uhr, Kaiserslautern, Stiftskirche: „Nie wieder ist jetzt“  
 11:00 Uhr, Worms Treffpunkt Otto-Wels-Platz: „Alle zusammen gegen die AfD“  
 11:55 Uhr, Neustadt/Weinstraße, Parkplatz Festwiese  
 12:00 Uhr, Frankenthal, Rathausplatz: „Frankenthal steht auf“  
 12:00 Uhr, Zweibrücken, Hallplatz: „Demokratie first“  
 12:00 Uhr, Bingen, Bürgermeister-Neff-Platz: „#NieWieder33: Demokratie schützen –Rechtsextreme stoppen“  
 16:00 Uhr, Ludwigshafen/Mannheim, Alter Messplatz Mannheim  
 17:00 Uhr, Trier, Hauptmarkt: „Nie wieder! Gemeinsam denken, gemeinsam handeln. Kundgebung zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus.“

**Sonntag, 28.01.2024**

14:00 Uhr, Ahrweiler, Treffpunkt Bahnhof, Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz: „SolidARität für unsere Demokratie!“  
 17:00 Uhr, Neuwied, Werner-Heisenberg-Gymnasium (Aula)

**Freitag, 02.02.2024**

17:00 Uhr, Simmern/Hunsrück, vor der Hunsrückhalle: „Gemeinsame Kundgebung für Toleranz, Menschenrechte und Demokratie“  
 18:30 Uhr Speyer, Domplatz

**Samstag, 03.02.2024**

11:00 Uhr, Dahn, Kurpark, „Dahnertal gegen Rechtsextremismus“  
**11:00 Uhr, Neuwied, Luisenplatz**

Nie wieder ist jetzt: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus!